

Politik

Prima Klima?
Klimagipfel in
Bonn: Luft als
Ware; Emissions-
recht und CO₂-
Senken bestimmen
den Handel.

Seite 4

Region

Zivilcourage? Nein,
Danke! Nachfrage
bei rassistischen
BGS-Kontrollen
kostet Dortmun-
der Antifaschisten
1.400 Mark.

Seite 3

Kultur

Buchrezension:
Freie Menschen in freien
Vereinbarungen vom
AutorInnenkollektiv
Gruppe Gegenbilder
zu gesellschaftlichen
Gegentwürfen

Seite 3

<http://bo-alternativ.de>



Hintergründe der Bachelorisierung des Lehramts LehrerInnenausbildungspoker mit Gewichtsproblemen

Am kommenden Donnerstag (19. Juli) behandelt der Senat der Uni einen Antrag, sämtliche Lehramtsstudien- gänge zu stufen, also den Zwischenabschluss- titel namens Bachelor einzuführen. Selbst für ein Hochschulpapier enthält die Vorlage eine ungewöhnlich hohe Zahl an Merkwürdigkeiten. Trotzdem ist dem Papier eine breite Mehrheit der Stimmen von Profs und Mittelbau sicher: Die Uni-Spitze hat nämlich längst dem Entwurf einer Rechtsverordnung des Landes zugestimmt, demzufolge sich für die knapp 30 Bochumer Lehramtsstudien- richtungen ab Wintersemester kommen- den Jahres niemand mehr einschreiben darf. 2008 sollen sich die bisherigen Lehramts- studiengänge dann ganz in Luft aufgelöst haben.

Damit ist die Sachzwanglage klar sortiert. Ohne Lehramts-Bachelor müsste die größte Studie- rendengruppe der Uni, die rund 4.500 Lehramt-

lerInnen, ersatzlos wegfallen. Vielen Profs wäre das eigentlich egal und in ausgelaste- ten Fächern heimlich sogar ganz recht. Fächer wie Jura und Wiwi nutzen die Gele- genheit denn auch, um die von ihnen ungeliebten berufli- chen Lehramtsstu- diengänge in ihren Fächern stillschweigend zu entsorgen, so dass die Berufsschulstu- diengänge wohl sterben werden. Alle anderen Fächer sind erst durch extremen Druck und Lobbyarbeit von Rektorat und Co. auf Linie gebracht worden.

Nach außen hin bekenn- en sich nun alle Natur- und Geisteswissenschaften zum Antrag auf den neuen gestuften Lehramtsstudien- gang. Andernfalls stände der RUB auch ein gigantischer Kulturbruch bevor. Nicht, weil die LehramtlerInnen wegfielen, die in vielen Fächern real eine Art Status von Studierenden zweiter Klasse haben, sondern weil zahlreiche Fächer v.a. der Phi- lologie voraussichtlich dicht machen müssten und als

Resultat die Stellung der Geistes- wissenschaften an der RUB erheb- lich geschwächt würde.

Y-Modell

Das Ergebnis ist paradox: So sehr sich Lehramtsstudierende freuen können, dass die meisten Fächer nun neue Lehramtsstudien- gänge beantragen wollen, so sehr schockiert doch, was da als Antrag verkauft wird. Die inhaltlichen Lächer fangen schon damit an, dass unklar bleibt, was überhaupt beantragt wird: Angeblich handelt es sich um ein Y-Modell. Damit ist gemeint, dass bis zum Bachelor (6. Semester) offen bleiben darf, ob Studierende einen Lehrberuf oder einen wissenschaftlichen Titel („Master“) anstreben. Die ersten sechs Semester wären mithin für alle Studierenden gleich und LehramtlerInnen nicht länger ein Klientel unter „ferner liefen“. Für die anschließenden vier Semester muss sich dann für einen Lehramtszweig oder den rein studien- fachlichen entschieden werden. Zu beantragen hätte die RUB also nur das Lehramtssegment für die letzten vier Semester, sie beantragt aber irgendwie mehr, wobei zwar nicht klar wird, was, hingegen aber, dass man sich noch nicht so genau auf das Y-Modell festlegen will.

In Grenzen durchsetzbar ist das (studierendenfreundliche) Y-Modell in den Geisteswissen- schaften, wo demnächst (alles Anschein nach sogar schon zum kommenden Wintersemester) die bisherigen Magister durch gestufte Studiengänge ersetzt werden, die bis zum Bachelor zwei Fächer beinhalten – also wie in einem Lehramtsstudien- gang. Anders hingegen die Naturwissenschaften. Sie befürchten, solche Zwei-Fächer- Studiengänge wären ein Risiko für ihre Fachehre („Chemie kann man nicht halb studieren“) und wollen

deshalb kein Y-Modell, son- dern allenfalls den bishe- rigen Lehramtsstudiengang mit kosmetischen Verände- rungen fortführen. Der Ein- richtungsantrag versucht das nach Kräften zu kaschieren und diese Kosmetik zu betrei- ben.

Was durchaus sachge- recht ist, denn letztlich ist der Antrag kein Antrag, son- dern eine PR-Aktion der Uni für das Ministerium. Jenem gegenüber glaubte man in Bochum einen strategischen Erfolg errungen zu haben, als es Anfang Mai so genannte „Eckpunkte“ vorstellte, die trotz ihres fragmentarischen Charakters erstaunliche Ähn- lichkeiten aufwiesen zu den Grundzügen für gestufte Lehramtsstudien- gänge, die sich die RUB angeblich unab- hängig davon nur wenige Monate vorher selbst ausge- dacht hatte. Wer auch immer von wem abgeschrieben hat, spielt dabei keine Rolle im Poker um Lehramtsstudien- gänge, die neben Bochum insbesondere auch in Bonn, Düsseldorf und Duisburg vom Ministerium zur Dispo- sition gestellt wurden. Aktu- eller Lieblingsbösewicht in der überprüfbareren Gerüch- teküche, die in Bochum (und wahrscheinlich jeder ande- ren Uni in NRW) ein Haupt- instrument aktiver Hoch- schulpolitik geworden sind, ist die SPD-Landtagsfraktion, die angeblich auf der Schlie- ßung von Lehramtsausbil- dungsstandorten besteht.

Der Bochumer Erfolg im Poker um *good will* des Landes in Sachen Lehramt jeden- falls soll durch den zügigen Lehramtsantrag untermauert werden. Widersprüche im

... Fortsetzung auf Seite 2



Und die Polizei merkt es nicht Bochum Total vs. anti- rassistisches zentrum

300.000 Menschen in der Innen- stadt, vier Bühnen, davon eine vom Radio, eine vom Fernsehen bezahlt, 67 Bands, Ummengen von Poli- zistInnen; ideale Bedingungen für eine Hausbesetzung. So dachten sie wohl, die Bochumer BesetzerInnen, die seit ihrer ersten Besetzung am 2. Dezember 2000 versuchen, ein az in der Bochumer Innenstadt durchzusetzen. Letzten Freitag übernahmen sie kurzerhand die seit vier Jahren leer stehende Bundes- bahnschule an der Viktoriastraße, zwi- schen Riff und Konrad-Adenauer-Platz, also direkt neben Bochum Total, wenn auch nur für einen Abend, und feierten eine kleine Party mit etwa 200 Men- schen.

Gegen 22 Uhr betreten ca. 40 Aktivist- Innen das Gebäude, bauten Generator, Musikanlage und Theke auf, hängten Transparente an die Fenster und das Dach und verteilten Flugblätter in der Stadt, die zur Party einluden und welche, in denen sie über die Hintergründe der Besetzung informierten. Schon vier Stun-

den später war der Spuk wieder vorbei, die BesetzerInnen packten ihre Sachen zusammen und zogen unbehelligt ab. Na ja, mehr oder weniger unbehelligt, die komplette Aktion stand unter ständiger Beobachtung von ZivilpolizistInnen, die sich aber zurückhielten, eine gewaltsame Räumung, wie bei den letzten drei az-Eröffnungen, blieb diesmal aus.

Dank der Ruhr-Nachrichten vom Montag wissen wir auch, warum. Diesen gegenüber behauptete die Bochumer Polizei nämlich dreis- terweise, zwar nichts von einer Besetzung zu wissen, hatte aber gleich eine alternative Erklärung parat, „eine nachträglich zur politischen Aktion aufgebauchte Spontan-Fete“. Dabei berichteten AugenzeugInnen gegenüber der bsz von einem Polizeihubschrau- ber, unzähligen Zivilpolizisten und Staatsschützern und zwei Hunde- führern, noch bevor das Gebäude überhaupt betreten wurde. Die

Erklärung für diese merkwürdige Interpretation der Ereignisse durch die Polizei findet sich ironischer- weise in der Pressemitteilung der „Initiative für ein antirassistisches zentrum“, die die Presse über die Besetzung informierte. Sinn dieser „Kurzzeitbesetzung“ sei es gewesen, als Antwort auf das Verhalten der rot-grünen Ratsmehrheit wieder Öffentlichkeit herzustellen, erneut auf die Notwendigkeit des antiras- sistischen zentrums hinzuweisen.

Für euch nichts

„Seitens des Liegenschaftsamtes können zur Zeit für diese Zwecke keine Objekte angeboten werden.“ Am 6. Dezember, dem Tag der ersten Räumung des az und von über 30 Initiativen, die dieses nutzen wollten, hatten die Frak- tionen von SPD und Bündnis 90/Grüne den durch die Besetzung

... Fortsetzung auf Seite 2

Die Süddeutsche wird regional

In vielen Städten des Ruhrgebiets, so auch in Bochum, ist die Presselandschaft fest in der Hand des WAZ-Konzerns: Nicht nur die Westdeutsche Allgemeine Zeitung, sondern auch die vermeintliche Konkurrenz durch die Ruhr-Nachrichten und den Stadtspiegel gehören zur Familie.

Süddeutsche

Als relativ dicht besiedelter Raum, der zudem bisher nicht gerade mit qualitativ hochwertigem Journalismus verwöhnt wurde, ist das Ruhrgebiet ein attraktiver Markt. Nach der taz versucht nun die Süddeutsche Zeitung (SZ) als zweites überregionales Blatt, sich ein Stück von diesem Kuchen abzuschneiden. Im Herbst will die SZ einen sechs- bis achtseitigen Regionalteil NRW einführen, der in Düsseldorf produziert wird. Geleitet wird die neue Redaktion vom bisherigen Düsseldorf SZ-Korrespondenten Hans-Jörg Heims und von Joachim Blum, der von der Bielefelder Neuen Westfälischen kommt. Zusätzlich planen die Münchener 16 bis 20 neue Stellen zu schaffen.

Bislang verkauft die SZ lediglich sieben Prozent ihrer Auflage in NRW und kann sich daher nur verbessern. Das Potenzial für eine anspruchsvollere Regionalzeitung ist im Ruhrgebiet sicher gegeben, allerdings kann es der SZ auch wie der taz ruhr ergehen, die zwar einige Erfolge vorweisen kann, aber deutlich hinter den Erwartungen zurückblieb. Die WAZ, bisher die auflagenstärkste Regionalzeitung Deutschlands, wehrt sich gegen die neue Konkurrenz mit einer verstärkten Regionalberichterstattung. „Wir werden unsere Regionalberichterstattung in zweifacher Hinsicht verstärken: mehr Seiten im Blatt und mehr Redakteure“, kündigte WAZ-Chefredakteur Udo Knüpfer gegenüber der Fachzeitschrift kressreport an.

Gremienwahlen

Das Studivolk hat gewählt, allerdings haben, wie jeden Sommer, gerade mal 2,88 Prozent mitbekommen, dass Gremienwahlen sind. Gewonnen hat, wie eh seit Menschengedenken, die Liste VV. Angetreten war dagegen nur der RCDS, und dies auch nur in einem einzigen Wahlkreis. Verständlich war das Desinteresse dieses Jahr schon: Hat der kommende Senat dank neuem Hochschulgesetz doch vor allem die Aufgabe, sich selbst zu entmachten: Die neue Grundordnung wird entscheiden, wie genau der zukünftige Senat aussehen und welche Kompetenzen er haben wird. Die Studierenden ab Oktober im Senat vertreten werden (Stellvertreterinnen in Klammern) Annette Richter (Robin Meis), Katharina Kunst (Heiko Jansen), Jan N. Klug (Jan Reinecke) und Carolin Dohle (Sonja Walter).



Katastrophe: Kurzmeldung fehlt

Ganz besonderen Schwierigkeiten sah sich die bsz-Redaktion bei der Produktion dieser Ausgabe ausgesetzt. Thomas Ernsts Lesung im Rahmen der Sommernachtskultur hatte schon begonnen und die Zeitung war noch nicht fertig; es fehlt eine einzige Kurzmeldung.



Keines der vorgeschlagenen Themen war ergiebig genug, weder, dass „radio“ c.t. Rio Reiser wieder zum Leben erweckte und seinen leibhaftigen Auftritt im KulturCafé ankündigte, noch die Pläne zur erneuten atomaren Aufrüstung der USA (durfte ich nicht drüber schreiben), noch der Bericht eines Unterausschusses des Europaparlaments zu neuen Medien und Sicherheit, der sich bemüht, (die) flächendeckende und präventive Überwachung von Kommunikation zu verbieten. Dabei hatten noch diverse Naziaufmärsche ihrer Bilanzierung, unzählige kommende galt es zu verhindern, alles Themen, die sich in 700 Zeichen nur ungenügend behandeln lassen. Auch über die Einsturzgefahr in der Universitätsbibliothek und ihre unmittelbare bevorstehende Schließung hätte mensch berichten können, hier war dann allerdings der fehlende Wahrheitsgehalt das Haupthindernis. Wie die Redaktion dieses alberne Problem löste, erfährt ihr in der übernächsten Ausgabe.

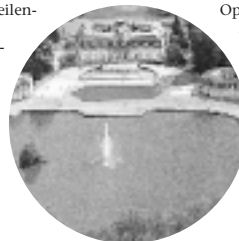
Nach Naziüberfall in Düsseldorf Knast für Mordversuchsoffer?

Seltsame Vorstellungen vom Aufstand der Anständigen und der Bekämpfung rechter Gewalt haben Polizei und Justiz in Düsseldorf. Erst ermittelt sie schlampig und setzen die Opfer eines Mordversuches weiteren Verfolgungen durch die Nazis aus – jetzt drohen sie zweien der Opfer auch noch mit Beugehaft, um von ihnen den Namen der dritten überfallenen Person zu erpressen. Die dritte Person will eigentlich aussagen, aber die Polizei weigert sich, entsprechende Schutzzusagen zu machen. Die Täter sind inzwischen wieder auf freiem Fuß und ihre Kameraden bedrohen die Opfer

Am Abend des 13. Juni wurden in Düsseldorf drei Menschen, darunter Christian Happ, der Pressesprecher des AStA der Heinrich-Heine-

Universität Düsseldorf, von mehreren Nazis hinterücks überfallen und mit einer Stichwaffe schwer verletzt. Dabei hatten drei Neonazis Christian Happ und seine beiden Begleiter zunächst mit „Sieg-Heil“-Rufen angepöbel, sich dann in einer nahe gelegenen Kneipe Verstärkung geholt und die drei gezielt angegriffen. Dabei stach der 18-jährige einschlägig bekannte Neonazi Sven Rippbahn zu: Christian Happ und einer seiner Begleiter wurden ebenso niedergestochen wie ein ihnen aus einer nahe gelegenen Kneipe zu Hilfe eilender Gast.

Von Anfang an glänzten Polizei und Justiz nicht durch Taten- und Nach Angaben des AStA der Heinrich-Heine-Uni wurden die Opfer nicht direkt am Tatort befragt, der Staatsschutz wurde



zu spät eingeschaltet und selbst eine durchstochene Lederjackete, die zur Identifizierung der Tatwaffe hätte dienen können, wurde von den Polizisten selbst dann nicht beachtet, als das Opfer sie anbot. Obwohl Verdunklungsgefahr bestand, wurden die Täter erst Tage später in Haft genommen. Der mit dem Fall befasste Staatsanwalt Mocken verhandelte inzwischen die Verletzungen der Opfer gegenüber der Öffentlichkeit und scheute dabei selbst Falschangaben nicht. Absurder Höhepunkt der Ermittlungen: Sven Rippbahn, der die Stichwunden mit Unterstützung der anderen zugefügt hatte, ist inzwischen wieder auf freiem Fuß, unter der Auflage, den Kontakt zu den Mitangeklagten zu vermeiden. Er lebt im Haushalt seines ebenfalls angeklagten Vaters.

„Staatsanwalt spielt mit Menschenleben“

... fortgesetzt von Seite 1

antirassistisches zentrum

angemeldeten Raumbedarf noch anerkannt und versprochen sich für ein solches einzusetzen. Dieser Einsatz bestand bislang in einer halberzügigen Anfrage an die Stadtverwaltung, die mit obigem Zitat ebenso lapidar wie abschlägig beschieden wurde. Zwar beteuerten die Fraktionsvorsitzenden in einem Brief vom 6. Juni nochmals ihre Gesprächsbereitschaft und machten vage Aussichten auf „Mietzuschüsse“ oder die Möglichkeit, die Feuerwache zu kaufen (für etwa 2 Millionen ist diese im Moment zu haben, einer der Räumungsründe im Dezember, der „unmittelbar bevorstehende“ Verkauf, fand bis heute nicht statt), gleichzeitig verfolgt die Stadtverwaltung allerdings BesetzerInnen vom 30. Januar mit Klagen und Schadensersatzforderungen. Damals wurde eine Neubesetzung der Feuerwache und ein mögliches Ersatzobjekt auf dem USB-Gelände an der Unistraße von der Polizei schnellstmöglich geräumt. Eine Räumung der Bundesbahnschule während Bochum Total, so wohl das Kalkül der BesetzerInnen, hätte für erhebliches Aufsehen gesorgt, wenn sie überhaupt möglich gewesen wäre. Zweitbesten Weg, um sicherzustellen, dass das antirassistische zentrum trotzdem keine gute Presse bekommt, so wohl das Kalkül der Polizei/Stadt, scheint dann wohl die Hoffnung gewesen sein, dass niemand was bemerkt hat. Ein Plan, der sogar aufgehen könnte.

Die gewählte Aktionsform begünstigt das nämlich. In ihrer Pressemitteilung beziehen sich die BesetzerInnen direkt auf Bochum Total, „ausschließlich am Mainstream (profit-)orientierten Kultur [...], deren jährlichen Höhepunkt Bochum Total darstellt“, die Besetzung und der damit kurzzeitig entstandene nicht-kommerzielle Ort war wohl als eine Art Gegenveranstaltung geplant. In den Massen von BesucherInnen ging die Besetzung aber ziemlich unter, 200 gegen 300.000, das ist zwar ein realistisches Verhältnis, aber sicher

nicht im Sinne der AktivistInnen. Auch die Dauer der Aktion wirft Fragen auf. Die ersten drei Besetzungen waren immer auf Dauer angelegt, dienten dem Zweck, endlich die dringend benötigten Räume zur Verfügung zu stellen, diese vierte hatte mehr „symbolischen“ Charakter, sie sollte Öffentlichkeit schaffen, zeigen, dass sich immer neue leerstehende Gebäude finden lassen, die für das geeignet sind und natürlich Platz für eine Party schaffen. Aber wenn soll das beeindruckt? Sowohl Stadtverwaltung als auch Fraktionen wissen sehr genau über die Lage und auch über geeignete Räumlichkeiten Bescheid, wollen aber zweifellos kein az. Die Presse lässt sich auch nichts „vormachen“, ein Anruf bei der Polizei und schon ist die Wahrheit bekannt, die Besetzung verschwiegen.

„Wir fordern eine politische Entscheidung der rot-grünen Mehrheit [...]“; ob dieses politische Ziel erreicht werden kann, bleibt abzuwarten. Der Druck auf die Fraktionen, ihre eigenen Aussagen wahrzumachen, darauf hinzuwirken, dass die Stadtverwaltung endlich ein Gebäude zur Verfügung stellt, wächst mit jeder neuen Besetzung. Eine Stellungnahme der Parteien zur Bundesbahnschulenbesetzung steht noch aus, bisher haben sie sich bei Bedarf immer auf die Position zurückgezogen, dass ihr Einfluss auf (ihren) Oberbürgermeister und die Politik der Stadtverwaltung beschränkt sei, und haben nur deren Positionen leicht abgemildert wiederholt. Aussetzen, das hat die Aktion aber auf jeden Fall wieder klar gestellt, läßt sich das „Problem“ nicht. Die Kampagne für das antirassistische zentrum in Bochum kann nur ein einziges Ende nehmen. In den Ruhr-Nachrichten ist die nächste Besetzung bereits angekündigt und die bsz wird über dieses (hoffentlich nahe) Ende, die endgültige Wiedereröffnung des az, demnächst weiter berichten.

dek

... fortgesetzt von Seite 1

Lehramtspoker an der RUB

Antrag selbst ergeben sich denn auch aus den Widersprüchen innerhalb der wichtigsten Institution, die so bezirzt werden soll: Einer der Clement-Clous zu Beginn der Landtagslegislaturperiode war bekanntlich das Zusammenlegen der teilweise feindlichen Schul- und Wissenschaftsministerien, welche sich in der Frage des Lehramtsstudiums sachlogisch nicht aus dem Weg gehen können. Während die Wissenschaftsabteilung vom Y-Modell und der Verwendung gestufter, fremdsprachlich benannter Abschlusstitel angetan zu sein scheint, wünscht die (Bochum weniger gut gesonnene) Schulabteilung vor allem überzeugende Verbindungen von Fachdidaktik, Schulpraktika und Fachstudium. Mit Blick auf letztere wird von der RUB ein unverbindlicher Ausbau von Fachdidaktik aus unbekanntem Mitteln angeboten sowie die Bereitschaft, bei Bedarf ein Schulpraktikumsemester einzubauen, obwohl das selbst mit den dürren bisherigen Rahmenvorstellungen offensichtlich grundsätzlich kollidieren müsste. Hintergrund sind mutmaßliche Ideen, das bisher an das Lehramtsstudium anschließende Referendariat bei Existenz eines solchen Praxissemesters zu kürzen oder abzuschaffen.

Dafür, dass der RUB-Antrag vorrangig auf PR und Anbiederung zielt, spricht das Fehlen elementarer Grunddaten, die sonst in keinem anderen Studiengang einrichtungsantrag fehlen dürfen. Fast nichts findet sich in der Praxis und dem verbleibenden Pädagogikanteil, der dramatisch von 36 auf 20 Semesterwochenstunden sinken soll. Selbst

die reine Größenordnung der vorgesehenen Prüfungen bleibt im Dunkeln. Wohl nicht zuletzt deshalb, weil der Versuch, sich die fehlenden Angaben zu rekonstruieren, nicht nur wenig überraschende Unvereinbarkeiten mit dem viel zu hohen Prüfungsvolumen der derzeitigen Lehrprüfungsordnung (LPO) ans Licht bringt, sondern generell eine viel zu enge Kalkulation und unstudierbare Volumina.

Leider ist noch unklar, inwieweit das Land anschließend noch korrigierend eingreifen wird, denn die Details klären sollen laut Deregulierungsparadigma ja die Hochschulen selbst. In Bochum machen deshalb regelmäßig beschwichtigende Worte die Runde. Sie künden von einem Modellversuchsstatus durch das Land, der der RUB zunächst beliebiges Ausprobieren jenseits der LPO erlauben würde. Fragt sich nur, wie gut die während der Ausprobierphase durchgeschleusten Studierenden mit ihren Studiengängen anschließend auskommen. LehrerInnen werden in NRW inzwischen zur Hälfte nach Gutdünken der jeweiligen SchulleiterInnen ausgewählt. Jenen oder Schulbehörden in anderen Bundesländern könnte übel aufstoßen, dass der geplante Pädagogik-

anteil in Bochum extrem klein wäre und der Fachstudienanteil je nach Berechnungsart eher unter den Standardwerten der Kultusministerkonferenz (KMK) liegt.

Letzteres kommt daher, dass alle gestuften Lehramtsstudiengänge am so genannten „Optionalbereich“ partizipieren sollen, der von den G-Fächern für deren Bachelor geplant ist. Die reine Größe des Optionalbereichs lässt jeden Versuch, ein mit den gängigen Rahmendaten (LPO, KMK) übereinstimmenden Studiengang in zehn Semestern zu pressen, unvermeidlich platzen.

Mehr zum Optionalbereich hoffentlich in kommenden Artikeln an dieser Stelle. Dort bleibt dann zu feiern, dass sich die RUB nach vielen Jahren jetzt erstmals bequemt, von Studierenden bestimmte VertreterInnen zu den fakultätsübergreifenden Gremien, die Details gestufter Studiengänge planen, zuzulassen, nämlich dem bald eingerichteten „Ausschuss Optionalbereich“ (vgl. bsz Nr. 524, S. 2). Ob man sich in Bochum derlei irgendwann auch für den Lehramtsbereich leisten wird?

Andres Friedrichsmeier

Der Antragstext ist zu finden unter <http://www.ruhr-uni-bochum.de/fr-sowi/lehramtsantrag.pdf>

Kritik unerwünscht

Ein Dortmunder Antifaschist wurde zur Zahlung von 1400 DM verurteilt. Sein Vergehen: Er hatte Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS) während einer Ausweiskontrolle gefragt, ob sie eigentlich nach Hautfarbe kontrollieren würden.

Wer häufig mit der Bahn fährt, kennt das Bild: BGS-BeamtenInnen kontrollieren in Bahnhöfen und Zügen die Ausweise von Reisenden, betroffenen Menschen mit dunkler Hautfarbe oder Leute, die anhand anderer Kriterien für ‚nichtdeutsch‘ gehalten werden. Die Stoßrichtung solcher Politik ist eindeutig, auf der einen Seite wird allen Nichtdeutschen und Afro-Deutschen vermittelt, dass sie in Deutschland nicht erwünscht sind, auf der anderen Seite der Rassismus der weißen Deutschen forciert, indem das Vorurteil des ‚kriminellen Ausländers‘ bedient wird. Zudem wird bei den Kontrollen unterstellt, man könne Deutsche von Nichtdeutschen allein anhand äußerlicher Merkmale unterscheiden. Ein Dortmunder Antifaschist wurde vor über einem Jahr Zeuge einer solchen Kontrolle am Dortmunder Hauptbahnhof. Als Reaktion auf die offensichtliche Praxis der BGS-Beamten, nur von ihnen für nichtdeutsch gehaltene Menschen anzuhalten, fragte er sie, ob sie denn nach Hautfarbe kontrollieren würden. Daraufhin wandten sich die BGSler ihm zu, er wurde auf die Wache abgeführt und seine Taschen kontrolliert. Nach-

dem sie darin PDS-Aufkleber mit der Parole „Nazis raus aus den Köpfen“ entdeckten, folgte eine Leibesvisitation, angeblich weil der Verdacht auf Besitz von Betäubungsmitteln bestand. Weil sie sich in ihrer Dienstausbildung behindert und zudem beleidigt fühlten, strengten die BGSler ein Gerichtsverfahren gegen den Antifaschisten an.



„Was hat es Sie zu interessieren, wenn Ausländer kontrolliert werden? Es laufen ja schließlich genug ‚rum, ohne Ausweis.“

Nein, diese Aussage stammt nicht von einem der beteiligten BGS-Beamten und auch nicht von irgendeinem Naziprof. Mit dieser Ausgangsfrage eröffnete der vorsitzende Richter das Gerichtsverfahren gegen den Antifaschisten – womit die Verhandlungsrichtung vorgegeben war. Die BGS-Beamten gaben an, sich in der Umsetzung ihres Dienstauftrags, BGS-Zivilfahnder bei ihrer Handhabung eines „§22 (BGS und Einwanderung)“ abzusichern, durch den Antifaschisten gestört gefühlt hätten, da dieser auch nach Aufforderung nicht „Luft zwischen sich und uns gebracht“ hätte. Zudem warf man ihm vor, die Beamten auf der Wache im Nazijargon „Ausländerjäger“ und „Waffen-SS“ genannt zu haben, was die Anwältin des Angeklagten zu recht als ungläubwürdig darstellte, da ihr Mandant auf Grund seiner politischen Bildung von Nichtdeutschen anstatt von Ausländern sprechen würde, weshalb er auch keine Beleidigungen wie „Ausländerjäger“ benutzen würde. Da Aussage gegen Aussage stand, plädierte sie dann auch für Freispruch. Dieser wäre nicht zuletzt wegen der widersprüchlichen Aussagen der BGS-Beamten gerecht gewesen, von denen einer seinem Kollegen attestierte, sich dem Angeklagten gegen-

über unangemessen verhalten zu haben – was dieser natürlich weit von sich wies. Dass sich die Beamten selbstverständlich an die ‚Tatsachen‘ der Behinderung bei der Befehlsausführung des §22 – für die sie der falsche Adressat gewesen seien, das Auftauchen der PDS-Aufkleber sowie die angeblichen Beleidigungen erinnern konnten, war abzusehen gewesen. Dass sich einer jedoch seinen eigenen Eindruck von dem Angeklagten gemacht haben wollte, indem er im Internet von der Initiative „Bürger beobachten den BGS“, welcher der Betroffene angehört, gelesen haben wollte, verwunderte da schon mehr. Schließlich besitzt die genannte BürgerInneninitiative gar keine Internetseite.

„Was hat er sich einzumischen?“ – Antifaschist zu 1.400 Mark Geldstrafe verurteilt

Der die Verhandlung am Dortmunder Amtsgericht leitende Richter Jersch sah jedoch keinerlei Widersprüche in dem Verfahren, außer dem für ihn offensichtlich nicht zu tolerierenden Verhalten des Angeklagten, denn, so der Richter, „was hat er sich einzumischen?“ Weshalb er den Antifaschisten zu einer Geldstrafe verurteilte, die mit 1400 Mark fast das Doppelte der von der Staatsanwaltschaft geforderten 750 Mark beträgt, denn die Strafe müsse richtig weh tun. Er wollte wohl ein Exempel statuieren, mit dem Menschen, denen der staatlich verordnete Antifaschismus gegen Neonazis allein nicht genügt, die Asylgesetzgebung und rassistische Praxis von Polizei und BGS kritisieren, abgeschreckt werden sollen, so das Linke Bündnis Dortmund in einer Erklärung.

Dies zeigte sich vor allem in der übereinstimmenden Erklärung von Richter und Staatsanwalt: „Wenn jeder Anzeige wegen des Verhaltens der BGS-Beamten machen wollte, dann wären die Kollegen nur noch hier.“ Eine schöne Vorstellung. Nur dass dieses Mal eben wieder der BGS jemand angeklagt hatte, und nicht umgekehrt – was Staatsanwalt und Richter offenbar in ihrem Eifer übersehen hatten.

jas

Gruppe Gegenbild

Freie Menschen in freien Vereinbarungen

Die Menschen sind bescheiden geworden. Morgens quälen sich die meisten mit dem Leisen, aber bohrenden Gefühl, dass sie dies alles nicht wirklich für sich tun, zur Arbeit oder zur Uni und hoffen auf die kurze Freiheit des Wochenendes. Immer noch bestimmt eine absolute Minderheit von Einflussträgern über die Geschichte der Menschen und immer noch weiß jeder, dass unser Gang zur Wahlurne nichts nützt, weil „die da oben ja eh machen, was sie wollen.“

„Die da oben“ bestimmen die herrschenden Diskurse, formen den Konsens und lassen uns zwischen TV Total und Rock am Ring völlig vergessen, dass unser Planet nicht nur ökologisch vor die Hunde geht. Dennoch nehmen wir das Meiste stoisch hin und denken an die Pizza, das kalte Bier und Tony Hawks Pro Skater, der zu Hause in der Playstation auf uns wartet.

Alle, nein, nicht alle – denn eine kleine unbeugsame Gruppe wagt das Unfassbare und fordert das Unmögliche: eine Gesellschaft Freier Menschen in freien Vereinbarungen. So lautet der Titel eines viel zu wenig beachteten Buches, welches anlässlich der Expo 2000 als Gegenmodell für die dort dargestellte Welt geschrieben wurde; als Gegenbild gegen das Primat von Profit und Technik. Doch Expo hin, Expo her – dieses Buch ist zeitlos!

Auf 165 Seiten werden hier wirklich umfassend, detailliert und systematisch Kritik, Argumente und Visionen geliefert, die es in sich haben. Das Buch besticht durch eine wertvolle Tiefenscharfe in der Beobachtung und zeichnet ein deutliches Bild unserer modernen Gesellschaft, in der klare Feindbilder verschwunden sind und dafür wir alle – ob Chef oder Angestellter – im Netz des Marktes und des Wertgesetzes hängen, das sich immer wieder selbst reproduziert. Es verbindet klar und logisch eine radikale Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft und der Totalität des Marktes und des Wertgesetzes mit eigenen Gegenvorschlägen einer anderen Gesellschaft, die mensch in Hinblick auf unsere bescheidene Lage durchaus als große Utopie bezeichnen kann.



Buch als Buch oder frei herunterladbar für jedeN mit Internetzugang

Oliver Uschmann

Das Gute dabei: Lässt mensch sich auf dieses plausibel gebaute, fundiert hergeleitete und letztlich doch sehr leidenschaftliche Plädoyer für eine freie, dezentrale, hierarchielose Gesellschaft ohne Markt ein, wird mensch merken, dass die Zweifel an ihrer Realisierbarkeit ganz schnell hinter dem Gedanken verschwinden, wieviel schöner ein Leben in solch einer Welt wäre und vor allem welch dringende Notwen-

digkeit für diesen Ausweg aus der Sackgasse besteht.

Sehr konsequent ist auch die Tatsache, dass die AutorInnen ihren anarchistischen Prinzipien treu bleiben und somit nicht nur die freie Gesellschaft, sondern auch ihr Projekt als ständig wechselhaften, gemeinsam weiterzuentwickelnden Prozess betrachten, an dem alle gleichberechtigt teilhaben sollen. So wird dieses Buch unter der Form des Copyleft (jeder darf von dem Text Gebrauch machen, solange er/sie selber keine Rechte darauf anmeldet) vertrieben und findet sich auch als Projekt auf <http://www.opentheory.org>, einem Diskussionsforum, das die Prinzipien freier Softwareentwicklung auf Texte übertragen hat, so dass jeder an der Weiterentwicklung des Buches und seiner vielleicht kommenden Auflagen mitwirken kann und eben das in Gang getreten wird, was schon heute und nicht etwa morgen die Vision dieses Buches praktiziert – ein produktives Miteinander in Selbstbestimmung statt eines verkrampten Gegeneinander in Fremdbestimmung.

Gruppe Gegenbilder (Annette Schlemm, Jörg Bergstedt, Stefan Meretz), Freie Menschen in freien Vereinbarungen, Reiskirchen-Saasen: Projektwerkstatt 2000. 163 Seiten, 19,80 Mark. ISBN: 3-934953-02-6 <http://www.projektwerkstatt.de/download>



Blue (DF)

Dem TON auf der SPUR
18 Uhr und 20.30 Uhr, SKF, Ruhr-Uni, HZO 20

Mittwoch, 11. Juli

Open Stage Meets Poetry Slam meets Video Slam, Moderation: Axel Schweiss

Im Rahmen der *Sommernachtskultur* In der Zeit von 19 bis 23 Uhr kann die Bühne im KulturCafé von jedem auftrittswilligen Menschen genutzt werden, egal ob für Musik, Poetry, Theater, Comedy oder auch Video. Es können Sketche aufgeführt, Songs präsentiert, Jonglage-Acts gezeigt, Witze erzählt, Poetry geslamt, die besten Home-Videos vorgeführt werden, aber auch Theater-Improvisationen oder eine kurze spektakuläre Inszenierung inklusive einem mit-mehr-fachem-Saltdurch-einen-Feuerreifen-springenden Langhaardackel ist möglich (Rauhaardackel ist auch okay). Unentdeckte Talente, die auf ihre Entdeckungen warten, kommen zum Open-Stage-Tag ins KulturCafé an der Ruhr-Universität Bochum oder besser noch, sie melden sich vorher im AStA-Kulturreferat bei Dirk, Dominique und Heiko unter Tel.: 0234/32-27865.



Das Publikum entscheidet über Hopp oder Top. In den verschiedenen Kategorien Comedy, Poetry, Video, Performance und Music wird der/die Heldin des Abends gekrönt. Durch den Abend führt übrigens Axel Schweiss. Axel hat es in einer kleinen Großstadt am linken Niederrhein schon zu etwas Ruhm gebracht und dort im S(ch)AUSTALL schon eine offene Bühne für alles und jeden gehabt.

19 Uhr, Kulturcafé der Ruhr-Uni, Bochum

URBO

Im offenen Kanal von Radio 98.5 UKW 98,5/Kabel 99,4

19.04 Uhr: Urbo

19.30 Uhr: Café Klatsch – kulturelles, soziales und lokales

Donnerstag, 12. Juli

Vorstellung von Fachschaften und studentischen Initiativen, Afro-Trommler und Capoeira

Sommernachtskultur
16 Uhr, KulturCafé der Ruhr-Uni, Bochum

Black Ash, beste White-Reggae-Band der Welt

Sommernachtskultur
19 Uhr, KulturCafé der Ruhr-Uni, Bochum

Reggae-Party

21 Uhr, im KulturCafé der Ruhr-Uni, Bochum

Meine Braut, ihr Vater und ich (DF)

Einzelfilm
18 Uhr und 20.30 Uhr, SKF, Ruhr-Uni, HZO 20

Samstag, 14. Juli

URBO

Im offenen Kanal von Radio 98.5 UKW 98,5/Kabel 99,4

19:04 Uhr: KJFH Stokumer Straße

Mittwoch, 18. Juli

The Mythic Maschine: Gendered (Ir)rationalities in Computer Culture

Vortrag von Zoë Sofoulis (Institute for Cultural Histories and Futures, University of Western Sydney, Australia)
15.45, Ruhr-Uni, GC 04/611

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Bochum

ASIA

Röntgen? Nein! Kopieren? Ja!

Der zweite ASIA-CopyShop.
Kopieren mit Karte – schon ab 5 Pfennig je Kopiel

CopyCard1000 50 – DM (Preis je Kopie: 5 Pf.)
CopyCard500 30 – DM (Preis je Kopie: 6 Pf.)
CopyCard100 7 – DM (Preis je Kopie: 7 Pf.)
Pfand je Karte: 3 – DM

Der zweite ASIA-CopyShop:
GA 03/33 (Ausgang Nord)
geöffnet von mo-do von 9-15.30h + fr von 9-14h

Da macht mensch den Fernseher an, um sich die allabendliche Dosis an Nachrichten zu genehmigen, und was wird geboten? Statt einer ausführlichen Berichterstattung zur EU-Erweiterung oder den weltverbessernden Projekten der Weltbank zeigen alle Sender randalierende DemonstrantInnen.

Dabei sind die 68er schon, nun ja, lange vorbei. Und dennoch hören wir überall, dass Großdemos die Treffen der Polit- und Industriegrößen unserer Welt stören und behindern und nach friedlichem Beginn doch in Gewalttätigkeiten ausarten, wenn Mitglieder der sogenannten Autonomen Antifa zu Steinen greifen. Ein Großteil der Militanten, müssen wir entsetzt vernehmen, kommt aus Deutschland. Als aufgeklärte BürgerInnen stellt sich uns also die Frage: Was bringt unsere Jugend dazu, hochkriminell zu werden und Bankschaufenster zu zertrümmern, noch dazu im Ausland?

Zweifelloos hat, hinter verschlossenen linksradikalen Türen, folgender Prozess stattgefunden: Diese potentiellen GewalttäterInnen saßen zusammen und überlegten sich, wie eine ideale Freizeitgestaltung wohl aussähe. Faschos klatschen ist langweilig geworden, Fußballhooligan sein gilt in der „Szene“ eher als uncool. Bleibt nur die Karriere als Polithooligan. So auf Gipfeln, müssen sich die Jugendlichen überlegt haben, das gibt fett Presse, und Krawall ist wie Party! Und so zogen diese jungen, irregeliteten Menschen los und zahlten einen Mitgliedsbeitrag an die in den Medien oft genannte SAA, auch Sogenannte Autonome Antifa genannt, denn ein bisschen Ordnung muss sein - ohne hierarchische Strukturen organisiert sich halt kein (deutscher) Mensch. Diese laut Pressemeldungen dann auch sehr homogene Vereinigung von militanten GlobalisierungsgegnerInnen sendet seitdem Delegierte zu den jeweiligen Gipfeln. Nicht, weil der Kapitalismus dazu führt, dass ein Großteil der Welt ausgebeutet wird, nicht, weil die Wirtschaft mehr Einfluss darauf hat, wie wir leben, als wir selbst, nein, einzig und allein, weil Militanz Spaß macht. Denn Gewalt, so klärte uns Herr Fischer ja auf, bringt politisch sowieso nix ...

:bszkonsumterror

Sanex North America wird den meisten nur durch den „World's Ultimate Toothpick“ bekannt sein. Nun werden wir beglückt durch das „Geheimnis für gesunde Haut“: Das Duschbad Dermoprotection, so versprach Martina Hingis (die bekannte Tennisspielerin) mir am vergangenen Freitag per Postwurf, wird meine (so wie jede andere auch) Haut gesund halten. Ob Sport und gesunde Ernährung wirklich auch notwendig sind, werde ich sehen, jedenfalls probier ich das Zeug nachher bestimmt mal aus.

**:bszimpresum**

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Daniel Kloda (dek), Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Thilo Machotta, Andrea Manske (am), Charlotte Ullrich (cu)

V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendehaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

**Ab nächste Woche: Klimagipfel in Bonn****Das Ende der Welt – Gemeinsam gegen den Untergang?**

Wenn ein Komet auf die Erde zurast, ein Virus sich ausbreitet oder auf andere Art der Weltuntergang kurz bevorsteht und nur durch gemeinsames Handeln abzuwenden ist, dann muss die Menschheit kämpfen, und auf einmal sind alle Weltbürger. Hinweg sind die Unterschiede zwischen Arm und Reich, Schwarz und Weiß, Arbeiter und Professor, Mann und Frau. Als hätte es irdische Konflikte nie gegeben, lösen sich die allmächtigen Sachzwänge plötzlich auf und man kämpft gemeinsam gegen den Untergang unser aller geliebten Mutter Erde. Soweit das bekannte Szenario von Hollywoodschinken.

Allerdings funktioniert das nur dann so schön, wenn der Weltuntergang in Sichtweite, der Komet schon am Himmel zu sehen ist und in wenigen Tagen einschlagen wird. Die reale Klimaveränderung aber ist tückisch, weil leise und fern. Hier und da ballert mal ein Hurrikan durch die Lande, hier und da geistert der Treibhauseffekt durch die besseren Zeitschriften im Wartezimmer des Hausarztes. Dass der Ausstoß von CO₂ (Kohlendioxid) und die Klimaveränderung durch unsere massive Umweltverschmutzung tatsächlich, wahrhaftig und garantiert eine lebensbedrohliche und verheerende Wirkung haben wird, das verdrängen wir gerne.

Der Klimagipfel und das Kyoto-Protokoll

Die Wissenschaft hat jedoch klare Antworten: Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change - das Wissenschaftsgremium der Vereinten Nationen, kommt zu einem klaren Befund: Wollen wir das Klima stabilisieren, müssen wir ab sofort 60 % des CO₂-Ausstoßes reduzieren. 60! Und dies sagt kein Club esoterischer Ökos, sondern eine amtliche Körperschaft von 2.500 WissenschaftlerInnen.

Doch keine Sorge, es gibt ja den Klimagipfel, jenes Spektakel, das zuletzt in Rio de Janeiro, Kyoto und Den Haag tagte und sich in diesem Jahr vom 16. bis 27. Juli in Bonn finden wird. Dort kümmern sich die einflussreichen Kräfte der Politik um unser aller Klimaschutz und fordern im sogenannten Kyoto-Protokoll: CO₂-Reduktion bis 2008 und zwar um grandiose 5,2 %. Gut, das ist Realpolitik und Realpolitik wird immer dann zur Realisatire, wenn man sie mit den Ergebnissen der Wissenschaft vergleicht. Doch Wissenschaft ist nicht Politik. Wie dem auch sei – das wirklich Schlimme und Sensationelle am Kyoto-Protokoll ist etwas ganz anderes: Das Kyoto-Protokoll eröffnet die Möglichkeit, mit dem Recht auf Luftverschmutzung (Emissionsrecht) zu handeln: Luft und Klimaschutz werden nun zur Ware. Kein Scherz! Luft wird zur Ware.

Jedes Land der Erde erhält demnach einen bestimmten Grenzwert, eine Menge, die es an CO₂ in die Luft pumpen darf. Die großen Industriemationen haben diese erlaubte Menge natürlich schnurstracks ausgefüllt, während die ärmeren und weniger industrialisierten Länder kaum soviel in die Luft pumpen können, wie sie dürften. Soweit, so gut.

Jetzt kommt der Handel ins Spiel. Wenn man mit Emissionsrechten handeln darf, kann nun eine Industrialisierung wie die USA hingehen und Südafrika die Menge an Verschmutzungserlaubnis, die es eh nicht gebrauchen kann, einfach abkaufen. Man muss sich klar machen, dass der größte Teil der Welt so niedrig industrialisiert ist, dass dort nirgendwo soviel verschmutzt werden kann, wie verschmutzt werden darf. In Afrika,

Südamerika oder im industriell und wirtschaftlich brachliegenden Ostblock. Die Industrialienationen können diesen Ländern bequem die überflüssigen Verschmutzungskontingente abkaufen und somit das Recht erwerben, zuzuhause noch mehr zu verschmutzen. Da die armen Länder damit auch noch ein wenig verdienen, kann man das gar zynisch Entwicklungshilfe nennen.

Es kommt jedoch noch besser: Die Industrialienationen haben noch ein paar andere Möglichkeiten, sich das Recht auf mehr Luftverschmutzung zu erkaufen.

CO₂-Senken – ein cleverer Trick

Wälder sind CO₂-Senken, weil Pflanzen CO₂ binden. Wer CO₂-Senken zu bieten hat, darf im Gegenzug mehr CO₂ ausstoßen als Betonwälder. Die Industrialienationen haben allerdings die Möglichkeit, in fernen Ländern CO₂-Senken herzustellen und somit mehr Verschmutzungsrechte in ihrer Heimat zu erlangen. Das Mittel dazu heißt Aufforstung. Das klingt zwar gut, hat aber zwei verheerende Nachteile.

1. Damit sich die Wälder, die man etwa in einem afrikanischen Land wieder auforsset, auch rentieren, müssen sie als CO₂-Senken möglichst effektiv sein. Sie müssen CO₂ lange binden. Und da jede Pflanze beim Sterben das CO₂ wieder freisetzt, benötigt man langlebige und resistente Pflanzen. Wissenschaftler arbeiten bereits jetzt an gentechnisch manipulierten Bäumen, die jene Bedingungen erfüllen. Erschafft man mit diesen Pflanzen neue Wälder, entstehen gefährliche Monokulturen. Zudem könnte man dazu verleitet werden, bestehende Wälder abzuholzen und durch künstliche zu ersetzen. Warum sollte man diese Chance auf mehr Emissionsrecht und mehr Profit verstreichen lassen?

2. In der Vergangenheit waren Aufforstungen rein ökologische Projekte. Jetzt werden sie zu Beschaffungsmaßnahmen für Emissionsrechte. Kein Wald wird mehr entstehen, ohne dass daraus Emissionsrechte werden und der Wald an der einen Stelle mehr Luftverschmutzung an der anderen schafft.

3. Die Entwicklungsländer, in denen die Industrieländer solche Aufforstungen vornehmen, verlieren das Nutzungsrecht an diesen Gebieten. Es ist sicher keine Polemik, so etwas Neokolonialismus zu nennen.

Atomkraft als Klimaschutz – ein plumper Trick

Atomkraftwerke können laut Kyoto-Protokoll als Klimaschutzmaßnahme angerechnet werden, da sie kein CO₂ ausstoßen. Wenn auch in Deutschland durch den massiven Protest gegen Castortransporte der Weiterbetrieb geschweige denn Neubau von Atomkraftwerken schwer bis unmöglich scheint, können andere Länder unter diesem Gesichtspunkt neue Werke bauen und rechtfertigen.

Atomkraftwerke stoßen zwar kein CO₂ aus, jedoch entsteht bei der Plutoniumabtrennung Krypton 85. Atommüll ist eine Krypton-85-Schleuder. Krypton 85 greift in die luftelektrischen Mechanismen und damit in das Wetter ein. Die Strahlung von Krypton 85 führt zu mehr Ionen, also elektrisch geladenen Teilchen, und erhöht somit die Leitfähigkeit der Luft. Veränderungen der Blitzhäufigkeit sind ebenso eine Wirkung wie strahlenchemische Wirkungen auf andere Luftschadstoffe und dadurch die Zunahme von Strahlensmog und saurem Regen.

Das Klimaabkommen stoppen!

Das Klimaabkommen ist ein Wirtschaftsabkommen, mit dem die Industrialienationen dieser Erde ihre Machtposition ausbauen. Luft zur Ware zu machen und somit den reichsten Nationen (also sich selbst) den Freifahrtschein zum munteren Pulvern in die Hand zu geben, verkaufen sie uns als sinnvolle und logische Maßnahme zum Klimaschutz und als Wohltat für die „Dritte Welt“. Als im Januar 2001 die Hurrikane Mitch und George über Ame-

rika und Nicaragua toben, sind in Nicaragua 50.000 Menschen gestorben und das Land wurde um 50 Jahre zurückgeworfen. In Amerika starben 20 Menschen und der Schaden war versichert. Hurrikane sind nur ein Ergebnis eines veränderten, unberechenbaren Klimawandels, der durch die Luftverschmutzung und Handlungsweise unserer großen Industrialienationen verursacht wird. Wer, wenn nicht wir, sorgt für die weltweite Klimaveränderung? Wer, wenn nicht wir, ist verantwortlich für Naturkatastrophen, die durch die Klimaveränderung hervorgerufen werden? Und was wird getan? Stoppen wir den Verschmutzungswahnsinn, schwenken wir angesichts des drohenden Kollapses auf eine ökologische Alternative um? Demokratisieren wir den Umweltschutz, so dass die Menschen in den Regionen ihn mitgestalten und akzeptieren, anstatt eine Ökosteuer von oben aufs Auge gedrückt zu kriegen? Entschuldigen wir uns bei den Menschen in Afrika und anderswo, die unter den Auswirkungen einer Politik zu leiden haben, für die Profit immer wichtiger als Klimaschutz ist? Nein, wir setzen uns ins Wartezimmer und lesen im Spiegel, dass trotz der Proteste einiger radikaler Ökos der Klimagipfel zu einem Erfolg gekommen ist. „Wie beruhigend“, sagen wir und vertrauen doch tatsächlich auf Bequemlichkeit und falscher Zurückhaltung genau denjenigen Leuten den Klimaschutz an, die entgegen allen Rufen aus der Wissenschaft ein Protokoll entwerfen, das natürlich nur der Wirtschaft und der Vormachtstellung der Industrieländer nutzt. Das wäre glatt so, als würde man der Tabakindustrie die Abschaffung des Rauchens oder Mc Donald's die flächendeckende Einführung des Tierschutzes anvertrauen.

Darf man sich darüber aufregen? Darf man dagegen kämpfen? Darf man sagen, dass diese Form der Realpolitik alles andere als real ist, da die Realität so aussieht, dass wir damit unser Klima zerstören und in nicht allzu langer Zeit den ökologischen Super-GAU erleben müssen?

Ja, man darf. Die Konsequenz daraus mag jedeR selber ziehen.

Oliver Uchmann

Aktionen gegen den Klimagipfel:

<http://www.risingtide.de>

Spenden für die Öffentlichkeitsarbeit sowie die geplanten Camps & Aktionen gegen den Klimagipfel in Bonn gehen an:

Volksbank Gießen
 „Spenden und Aktionen“
 Kontonr. 92881806, BLZ 513 900 00
 Stichwort „Klima“ (unbedingte angeben!)

Informationen zum Thema:

- Sebastian Oberthür/Hermann E. Ott (2000) *Das Kyoto-Protokoll*. Opladen: Leske & Budrich.
- O-Punkte Sommer 2001. Für 2 Mark plus Porto bei Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen
- Broschüre des BUND. Für 3 Mark bei BUNDJugend Tübingen, Wilhelmstr. 30/1, 72074 Tübingen
- Gliese, J. (2000) „Die Spirale von Armut und Umweltzerstörung“ und Quandt, M. (2000) „Das blaue Gold“, beide in: *Ila (Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika)*, September 2000 – Ausgabe zu Wasser/Wüste)